

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Verleger: Wilsdruffer Tageblatt. Preis: 20 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 112 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 14. Mai 1924

„Wir wollen leben!“

Die Kölner Messe wurde im Festsaal des Gürzenich feierlich in Gegenwart des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und zahlreicher Minister des Reiches und Preußens eröffnet.

Es ist ein schwerer Kampf, den Deutschland um seinen Rhein führt, ein Kampf, den es führen mußte, immer noch führen muß nicht nur gegen jene, die ihn nicht haben wollen, sondern nicht minder gegen irgeheinde oder irreführende Volksgenossen. Die vielerörterte Abneigung des Rheinländers, die auf historische und konfessionelle Ursachen zurückging, ist eigentlich nur noch eine Sage des älteren Geschlechtes. Die Entwicklung ging rückläufig. Nicht nur der wirtschaftliche Separatismus, der eine Trennung des Rheinlandes vom Reich erstrebte, wurde schwächer, bis er in blutigem Kampf niedergeschlagen wurde, sondern die Abneigung, auch die Pläne einer Schaffung eines Rheinlandes im Rahmen des Reichs sind als gescheitert anzusehen. Das Gefühl dafür, daß man selbstverständlich immer beim Reich, daß man aber auch bei Preußen bleiben müsse, ist nicht bloß von Siegerwald schon vor 3 Jahren in seiner Essener Rede ausgesprochen worden; auch viele, die früher anders dachten und — handelten, haben sich bekehrt.

Der Kampf um Rhein und Ruhr, der Eroberungsstreif der Franzosen ist sein übriges. Was wirklich in der Reichshandlung französischer Phrasen emporgeschnitten wurde vernichtet durch die Taten, die seit dem 11. Januar 1923 an Rhein und Ruhr geschahen. Das dünne, kleine Pfänzchen der deutsch-französischen „Verständigung“ am Rhein wurde getrübt, vom Soldatenstiefel zertrampelt. Und Frankreich mag es wohl selbst einsehen, daß es mit seiner „Kulturpropaganda“ verunglückt ist.

Wir Deutschen treiben jetzt im Rheinland eine andere Art von Propaganda; in der Metropole, in Köln, ist am Sonntag die erste Kölner Messe eröffnet worden. Der Reichspräsident und der Reichskanzler, außerdem eine ganze Reihe deutscher und preussischer Minister nahmen daran teil. Der Reichspräsident führte in seiner Rede aus, daß durch deutsche Arbeit und deutsches Schaffen das Band fester gestaltungen werde, das das größte deutsche Arbeitsgebiet, das Rheinland, mit dem Reich verband, und der preussische Innenminister Severing wies darauf hin, daß Köln, Rheinland und Preußen zusammengehören „und im Unglück nun erst recht“. Dieses Land, dieses Volk sind deutsch und werden deutsch bleiben“ schloß der Kölner Oberbürgermeister seine Rede.

Aber wie ernst die ganze Lage ist, darauf machte der Reichskanzler Dr. Marx — selbst ein Kölner Kind — in längeren Ausführungen aufmerksam. Wir standen mitten drin in der Wirtschaftskatastrophe; da haben wir aus eigener Kraft uns durch die Schaffung eines Damms gegen die Sturmflut der Geldentwertung geschützt. Aber wir sind noch keineswegs über den Berg. Denn die Katastrophe ist zwar überwunden, nicht aber die Wirtschaftskrise; die Blinlere in unserer Wirtschaft, nämlich der Mangel an Betriebskapital, läßt den Puls nur ganz langsam schlagen. Kein Mensch weiß, wie die Zukunft aussehen wird, denn über uns hängt die dunkle Wolke der Reparationsfrage. Erst wenn diese gelöst ist, dann werden einzelne der Hemmnisse schwinden, die unser Vorkommnis verhindern, so die wirtschaftliche Trennung Deutschlands in besetztes und unbesetztes Gebiet.

Wir wollen leben, und das Zeugnis können wir uns von der Geschichte ausstellen lassen, daß wir Deutsche einen Lebenswillen und eine Lebenskraft bewiesen haben die kaum ein anderes Volk. Trotz aller inneren und äußeren Zermürbung legten wir nicht die Hände verdreht in den Schoß; fähen erst alle Teile unseres Volkes wirklich ein, wie furchtbar immer noch unsere Lage ist, dann wäre dieser bewusste Lebenswillen, dieser Drang zum Schaffen und Arbeiten noch stärker. Wir wollen in Köln, und gerade in Köln, der Welt zeigen, was wir noch schaffen, wie wir noch arbeiten können. Wir als Deutsche. Trotz Not und unfagbar schwerem Leid, trotz Stammeszwist und Parteienkämpfung sind wir und bleiben wir ein Volk, ein Reich!

Kriegsgefahren im nahen und fernen Osten

Noch immer wie schon in Bismarcks Zeitalter, ist der Orient, der nahe sowohl wie der ferne, der Herz internationaler Bemühungen und bewaffneter Konflikte. Der Balkan zunächst will nicht zur Ruhe kommen, weil auch hier der angebliche Friedensvertrag keinen Ausgleich unter den Nationalitäten schaffen konnte und weder bei den „Siegen“ noch den Besiegten Zufriedenheit berührt über die Erfüllung der entgegengesetzten Ansprüche und die Fortsetzung der Grenzen. Augenblicklich droht vor allem die Auseinandersetzung zwischen Rußland und Rumänien kriegerische Formen anzunehmen. Man weiß, daß Rußland für Besarabien die Volksabstimmung fordert, die Rumänen dem eroberten Lande nicht zugestehen will, und daß deshalb die Wiener Ausgleichsverhandlungen zwischen beiden Staaten gescheitert sind. Nunmehr häufen sich die Nachrichten über drohende Truppenansammlungen an der Besarabischen Grenze und die rumänische Regierung sucht verweise nach Bündnissen, die ihr Land vor dem übermächtigen Einbruch schützen sollen. Auf dem Balkan selbst sind solche Bündnisse kaum zu haben und auch die Franzosen scheinen trotz des ehren-

Vor Poincares Rücktritt: Herriot kommender Mann

Abgabe des Besuches in Chequeres.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 13. Mai. In politischen Kreisen bestärkt man, daß Poincare im Verlaufe des Ministerrates, der heute morgen im „Elysee“ unter dem Vorsitz Millerands stattfindet, seine Ministerkollegen und den Präsidenten der Republik von seiner Absicht, sich von der Regierung zurückzuziehen, in Kenntnis setzen wird. Man glaubt, daß die Demission Poincares von dem Präsidenten nicht sofort angenommen werden wird und Poincare bis Ende des Monats, d. h. bis zum Zusammentritt der neuen Kammer im Amt bleibt. Die offiziöse Pariser Presse teilt mit, daß Poincare sich im Verlaufe der nächsten drei Wochen nur mit der Erledigung der laufenden Geschäfte befassen und von jeder Innen- oder Außenpolitik absehen werde. Namentlich wird Poincare, wie der „Matin“ scheinbar offiziös meldet, seinen auf den 19. Mai angeetzten Besuch in Chequeres bei Ramsay MacDonald fallen lassen. Die mit dem heutigen Tage eröffnete Regierungstrife wird am 1. Juni ihren Ausgang nehmen und zwar wird die neue Kammer an diesem Tage, der ein Sonntag ist, nur zu einer kurzen formalen Sitzung zusammenzutreten und sich dann auf den 3. Juni vertagen. Weitere Angaben der Morgenblätter lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß Herriot, der Führer der radikalischen Sozialisten, von Millerand mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Der „Matin“ empfiehlt ihm, die nächsten drei Wochen, die ihm bis zum Amtsantritt verbleiben, der sorgfältigsten Prüfung des Reparations- und Sicherungsproblems zu widmen.

Ueberraschung in England.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 13. Mai. Die englischen Blätter machen aus ihrer Ueberraschung über die französischen Wahlergebnisse kein Geheimnis. „Daily Mail“ nennt die Wahlen einen politischen Erdbeben. Er schreibt den Misserfolg Poincares seiner Politik zu. „Times“ meinen, man habe längst mit einem solchen Misserfolg Poincares gerechnet.

Auch England für Aufschub der Chequeres-Besprechung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 13. Mai. Auch in englischen Kreisen ist man der Auffassung, daß angesichts des Ausfallens der französischen Wahlen und der damit für die französische Regierung heraufbeschworenen Krise die auf den kommenden Montag anberaumte Zusammenkunft zwischen Poincare und Ramsay MacDonald zunächst ausgesetzt wird.

Die Forderungen der neuen Macht in Frankreich.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 13. Mai. Die neugewählten sozialistischen Abgeordneten haben gestern Abend den Präsidenten der Kammer schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beim Wiederzukommen der Kammer eine Resolution im Sinne einer uneingeschränkten und vollständigen Amnestie zugunsten der politisch Verurteilten und der von Kriegsgerichten verurteilten Soldaten einbringen werden. Gleichzeitig werden sie die Wiedereinstellung sämtlicher Eisenbahner und Beamten fordern, die wegen Streikvergehen oder aus einem anderen politischen Grunde entlassen wurden.

vollen Empfanges des rumänischen Königs paares in Paris wenig Lust zu haben, die rumänische Grenze förmlich zu garantieren. Das ist begreiflich, weil Frankreich zuerst hinreichend eigene Sorgen hat. Die Auslandsversuche in Syrien nehmen einen immer erstickenderen Charakter an und werden offenbar vom türkischen Gebiet aus unterstützt. Syrien war nach dem Kriege Frankreich als Mandatsgebiet übergeben worden, aber bisher ist es Frankreich nicht gelungen, die Beduinensämme, die den Hauptteil der syrischen Bevölkerung ausmachen, zur Ruhe und Unterwerfung zu zwingen. Sollte die Spannung zwischen Franzosen und Türken an der syrischen Grenze wirklich zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen und sollte sich die Nachricht bewahrheiten, daß die Türken bereits ein Armeekorps zur Verstärkung der syrischen Rebellen entsandt haben, so wäre die militärische Lage Frankreichs in diesem Gebiet denkbar schwierig. Es wäre ein Unternehmen, welches kaum Aussicht auf glänzende Triumphe bietet und lange, mühevollere Expeditionen, die ebenso viel Geld erfordern, nötig machen würde. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ein formeller Kriegsausbruch wahrscheinlich das russisch-türkische Bündnis aktuell machen würde, so daß Ankara auch noch mit russischem Bestand rechnen könnte. Ueberhaupt steht die überaus aktive und selbstbewußte russische Außenpolitik in einem merkwürdigen Gegensatz zu den sich häufenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten im Innern. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetregierung, in der Trojki Einfluss wieder verstärkt zur Geltung kommt, in einem kriegerischen Unternehmen die willkommene Ablenkung von innen-

Schwerwiegende Note an Deutschland.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Genf, 13. Mai. Dem „Temps“ zufolge liegt die Note der Vorkonferenz an Deutschland bereits fertig vor. Ihr Inhalt sei schwerwiegend, da er Deutschland keine Zeit mehr lasse, „Ausflüchte und neue Gegenentwürfe“ zu machen. Noch vor dem 18. d. M. werde die Note in Berlin überreicht werden.

Ernunter Rückgang des französischen Franken.

Berlin, 13. Mai. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus New York: Das Ergebnis der französischen Wahlen führte an der New Yorker Börse zu einem Kurzurückgang des französischen Franken, der 5,78 notierte.

Neue Forderungen der Besatzungsbehörde

Düsseldorf, 13. Mai. Die Besatzungsbehörde hat die Stadtverwaltung aufgefordert, den bereits wiederholt verlangten Neubau einer Artillerielafete mit Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Die Arbeiten sollen sofort begonnen werden. Im Falle einer nochmaligen Weigerung wird mit dem Kriegsgericht gedroht. Außerdem wird die Herstellung eines Sportplatzes für die Truppen verlangt, der 23 000 Mark kosten würde, ferner die Bereitstellung eines neuen Schulgebäudes, in welchem eine Unteroffizierschule der Besatzungsarmee untergebracht werden soll.

Werden, 13. Mai. Von der französischen Besatzung wurde die Vorlage eines endgültigen Projektes zum Bau einer Kaserne bis zum 20. d. M. verlangt. Mit dem Bau soll sobald als möglich begonnen werden. Die Fertigstellung des Baues soll bis zum 1. Dezember 1924 geschehen.

Oberst Piggot beim Reichspräsidenten.

Köln, 13. Mai. Reichspräsident Ebert empfing während seiner Anwesenheit im Kölner Rathaus gestern nachmittag den britischen Zivilkommissar für die englische Zone, Oberst Piggot.

England mit dem türkisch-deutschen Vertrag einverstanden

London, 13. Mai. Im Unterhause erklärte heute der Unterstaatssekretär im Außenamt Ponsonby, daß die englische Regierung nunmehr den Text des neuen deutsch-türkischen Vertrages erhalten habe. Dieser verstoße in seiner einzigen Bestimmung gegen die des Vertrages von Lausanne.

Der Streik in Oberschlesien.

Gleiwitz, 13. Mai. In der Streikfrage in Oberschlesien hat sich am 12. Mai, soweit der Steinlohlenbergbau in Frage kommt, nicht geändert. In den Hüttenbetrieben ist infolgedessen eine Lockerung eingetreten, als das Puffschinerwerk und die Nebenhütte wieder voll arbeiten. In Gleiwitz streikten die Regunim-A-G. und die Gleiwitzer Grube. Von der Streikleitung wird mitgeteilt, daß sich die Lage in Gleiwitz verschärft habe. Die Notstandsarbeiten auf der Gleiwitzer Grube wurden eingestellt. Auf verschiedenen Gruben verrichteten die Beamten die Notstandsarbeiten.

Sieg der Opposition in Japan.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 13. Mai. Nach Meldungen aus Tokio hat sich die Oppositionspartei bei den japanischen Wahlen von den 434 Sitzen des Parlaments bis gestern Abend um 7 Uhr 242 Sitze erobert. Die Opposition hat mit der Wahlparole „Nieder mit der privilegierten Klassenregierung“ gesiegt.

politischen Zwistigkeiten und wirtschaftlichen Nöten sah. Aber gerade Bemühungen auf asiatischem Boden sind in ihren Folgen unberechenbar und man weiß aus vielen Erfahrungen der ersten Jahrzehnte, wie leicht aus solchen scheinbar zunächst fernliegenden Herden die Flammen großer europäischer Zusammenstöße emporgeschlagen können. Deutschland ist an diesen Dingen zunächst unbeteiligt, aber es muß den Wlauf auch dieser Begebenheiten um so aufmerksamer verfolgen, je näher die Möglichkeit rückt, daß seine nächsten Nachbarn deswegen auseinander geraten und den Gang der europäischen Ereignisse von solchen Gesichtspunkten aus beeinflussen könnten.

Reichstag am 27. Mai.

n. Berlin, 12. Mai.

Die Einberufung des Reichstages wird, wie nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, für Dienstag, den 27. Mai, erfolgen. Die Vorkände der alten Reichstagsfraktionen treffen bereits die Vorbereitungen für die ersten Fraktionskämpfe. Der zur Überwachung der Durchführung des Personalabbaus bestehende Ausschuss wird noch einmal einige Tage vor Beginn des Plenums eine Sitzung abhalten.

Als Alterspräsident, dem in einer neuen Wahlperiode die Eröffnung des Reichstages obliegt, dürfte der sozialdemokratische Abgeordnete Pöck-Gotha in Frage kommen. Er ist am 28. April 1846 geboren, steht also im 79. Lebensjahre. An Lebensalter folgen ihm Johann die Abgeordneten Spahn-Zentrum und Rubel von der Sozialdemokratischen Partei.